

Paderborner Anträge erfolgreich

Privilegierung für Windkraftanlagen und Doppelbeiträge sollen abgeschafft werden

Hamburg/Paderborn (dpa). Die Wahl der neuen Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer überstrahlte beim CDU-Parteitag alle Sachthemen. Trotzdem arbeiteten die 1001 Delegierten ein Antragsbuch durch. Ein Überblick über ausgewählte Beschlüsse.

Windkraftanlagen: Die CDU will die Privilegierung für Windkraftanlagen im Baurecht abschaffen. Bisher ist es automatisch zulässig, sie zu bauen, wenn öffentliche Belange nicht dagegensprechen. Diese Sonderregelung hat in den vergangenen Jahren einen starken Ausbau der Windenergie ermöglicht. In vielen Gemeinden stößt der Ausbau aber auf Protest. Nach dem Willen der CDU sollen die Kommunen nun mehr Mitspra-

cherecht bekommen. Den Antrag hatten der CDU-Kreisverband Paderborn und die Junge Union gestellt. Zur Begründung sagte der Paderborner Delegierte Karl-Heinz Wange: »Ein sozial verträglicher und bürgerfreundlicher Windenergieausbau kann nur gelingen, wenn die Planungshoheit wieder bei den Kommunen liegt. Nur dadurch verhindern wir auch, dass Gerichte anstelle der lokalen Politik entscheiden, wo Windkraftanlagen gesellschaftlich konsensfähig gebaut werden dürfen. Wenn wir eine sich immer schneller fortsetzende soziale Spaltung in der Bürgerschaft verhindern wollen, aber gleichzeitig den Ausbau erneuerbarer Energie fördern wollen, muss das Privileg der Windkraft abgeschafft werden.«

»Soli« und Betriebsrenten: Die CDU will den »Soli« bis Ende 2021 vollständig abschaffen und nicht nur für 90 Prozent der Betroffenen, wie in der Koalition vereinbart. Außerdem sollen die Sozialabgaben, die auf private und betriebliche Altersvorsorge erhoben werden, neu geregelt werden. Für die private Altersvorsorge sollen in der Auszahlungsphase nicht mehr die doppelten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge geleistet werden müssen. Den Antrag setzte der Paderborner Bundestagsabgeordnete Carsten Linemann in seiner Funktion als Chef der Mittelstandsvereinigung von CDU und CSU durch.

Bundeswehr: Die CDU will die Bundeswehr personell und finan-

ziell stärken. Die Anforderungen seien hoch wie lange nicht, deshalb müsse die Bundeswehr auch eine höhere Einsatzbereitschaft haben. Das Verteidigungsbudget soll nach dem Willen der CDU bis 2024 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Priorität bei Investitionen sollen die persönliche Ausstattung der Soldaten und die Digitalisierung haben.

Umwelthilfe: Die CDU will prüfen lassen, ob die Deutsche Umwelthilfe (DUH) weiterhin als gemeinnützige Organisation anerkannt werden sollte. Diese hatte vor Gerichten Fahrverbote für ältere Diesel erstritten. Das von der SPD geführte Umweltministerium teilte bereits mit, es wolle die Förderung der DUH nicht abstellen.



Im Paderborner Land ist Windkraft ein Streitthema. Der CDU-Kreisverband hat seinen Antrag durchgesetzt. Foto: Jörn Hannemann